



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Haupt- und Finanzausschuss**

Sitzungsort : **Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Montag, 21.02.2005**

Sitzungsbeginn : **17:40 Uhr**

Sitzungsende : **19:20 Uhr**

Vorsitz

Herr Bürgermeister Helmut Predeick

Teilnehmer

Herr Oliver Bäumker
Frau Monika Bushuven
Herr Johannes-Heinrich Gresshoff
Herr Heinz Junkerkalefeld
Herr Karl-Friedrich Knop
Frau Barbara Köß
Frau Elisabeth Lesting
Frau Renate Nauschütt
Herr Ralf Niebusch
Herr J.-Francisco Rodriguez
Herr Paul Tegelkämper
Frau Monika Tigges
Herr Hans-Gerhard Voelker
Frau Maria Wieschmann

Verwaltung

Herr Klaus Aschhoff
Herr Heinz Becker
Frau Regina Haferkemper
Frau Elke Hamacher-Jestadt
Herr Norbert Hochstetter,
Techn. Beigeordneter

Herr Willi Höpker
 Frau Bettina Jathe
 Herr Michael Jathe
 Herr Ludger Junkerkalefeld
 Frau Margarethe Kulka
 Herr Bernd Lafeldt, Erster Beigeordneter
 Herr Hans-Peter Mülders
 Herr Norbert Pinkerneil
 Herr Andreas Proske
 Herr Bernhard Rose
 Herr Frank Siemer
 Frau Insa Söker
 Herr Norbert Tigges
 Herr Karl-Bernd Wiegard
 Frau Britta Wiemer
 Herr Thomas Wulf

Schriftführerin

Frau Claudia Kox

Gäste

Herr Tobias Altmiks	bis 18.25 Uhr
Frau Marita Brommann	bis 18.20 Uhr
Frau Andrea Geiger	bis 18.15 Uhr
Herr Andreas Hahner	bis Ende öffentlicher Teil (19.07 Uhr)
Herr Franz-Josef Helmers	öffentlicher und nicht öffentlicher Teil
Herr Hubert Meyering	
Herr Wolf-Rüdiger Soldat	bis 18.35 Uhr
Herr Rolf Strothmeier	öffentlicher und nicht öffentlicher Teil
Herr Thomas Wernsmann	bis 18.45 Uhr

es fehlten entschuldigt:

Teilnehmer

Herr Winfried Kaup
 Frau Beatrix Koch
 Herr Peter Kwiotek

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Befangenheitserklärungen	4
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2004	4
3. Beratung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2005	4
4. Beratung des Finanzplanes und des Investitionsprogrammes für den Planungszeitraum 2004 - 2008	4
5. Widmung und Feststellung der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlagen Vorlage: B 2005/600/0452	12
6. Verschiedenes	13
6.1. Mitteilungen der Verwaltung	13
6.2. Anfragen an die Verwaltung	14

Öffentliche Sitzung

1. Befangenheitserklärungen

Es erklärt sich niemand für befangen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2004

Beschluss:

Der Rat beschließt einstimmig die Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2004.

3. Beratung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2005

und

4. Beratung des Finanzplanes und des Investitionsprogrammes für den Planungszeitraum 2004 - 2008

Stellungnahme der CDU-Fraktion

Herr Gresshoff betont – wie bereits Bürgermeister Predeck in seiner Haushaltsrede vom 24.01.2005 – das strukturelle Defizit von 3,5 Mio. EUR im Verwaltungshaushalt der Stadt Oelde. Er weist jedoch darauf hin, dass dies als gegeben hinzunehmen und es nun Aufgabe der Politik sei, damit umzugehen und daraus eine Chance für Oelde abzuleiten. Gedanken über Einsparpotentiale innerhalb der Fraktion haben dazu geführt, dass man über die Öffnungszeiten von städtischen Einrichtungen nachdenken sollte.

Ferner ist zu prüfen, ob eine Zuordnung von Stadtbücherei, Musikschule, Heimatpflege und Vereine zum Eigenbetrieb Forum möglicherweise eine Entlastung bringt.

Es ist zu prüfen, ob Zuschüsse an Vereine und private Trägerschaften gekürzt werden können.

Den Begriff „Rasen statt Rosen“ hat Herr Hochstetter in der letzten Sitzung selber bereits geprägt. Die CDU-Fraktion schließt sich dieser Idee an und fragt konkret nach, wie ein solches Konzept für Oelde aussehen könnte.

Ferner kann ein Fahrzeugleasing bei gebührenrechnenden Einrichtungen Sinn machen.

Städtische Immobilien sollten auf den Prüfstand gestellt werden. Es sollte geprüft werden, ob der Zweck der Anschaffung weiter fortbesteht, Reparaturmaßnahmen anstehen und welche Bedeutung die Immobilie für Oelde hat.

Die Erschließung von Baugebieten soll künftig nicht mehr über den städtischen Haushalt vorfinanziert werden. Möglich wäre ein Eigenbetrieb Liegenschaften, der diese Aufgaben übernehmen könnte.

Zum Thema Schulen wird vorgetragen, dass der Schulentwicklungsplan fortzuschreiben ist. Zur Reduzierung der Schülerfahrtkosten sollte geprüft werden, ob eine Unterstützung durch private Fahrgemeinschaften der betroffenen Eltern möglich ist.

Die bestehenden Mietverträge für Gebäude sind zu überarbeiten und daraufhin zu überprüfen, ob eine Änderung insbesondere langfristig geschlossener Verträge möglich ist.

Die Anpassung kommunaler Steuern ist für die CDU-Fraktion erst zuletzt vorstellbar.

Die Finanz-, Gebühren- und Zuschusskommission wird angeregt, Strategien zu entwickeln, die freiwillige Haushaltskonsolidierung entsprechend voranzutreiben.

Stellungnahme der SPD-Fraktion

Herr Rodriguez erklärt, dass sich die SPD-Fraktion intensiv mit dem Entwurf des Haushaltsplans auseinandergesetzt hat. Die Planung, im Nachgang zu diesem Übergangshaushalt ein langfristiges Konzept für einen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt zu erarbeiten, wird insbesondere im Hinblick auf

den demografischen Wandel begrüßt. Die Anregung der CDU-Fraktion, die städtischen Gebäude auf Sinnhaftigkeit und Nutzbarkeit zu überprüfen, wird unterstützt.

Im Hinblick auf neue Baugebiete wird angemerkt, dass diese grundsätzlich für Familien gedacht sind, dabei aber berücksichtigt werden sollte, dass die demografische Entwicklung – alternde Bevölkerung – nicht aufgehalten werden kann.

Ziel sollte es sein, den Haushalt nicht zu überlasten. Wünschenswert ist es, die strukturellen Defizite auszugleichen. Wenn Kürzungen erforderlich sein sollten, müssen diese gerecht verteilt werden. Außerdem muss dies den Bürgern verständlich und transparent gemacht werden.

Man geht von offenen und konstruktiven Beratungen in der Finanz-, Gebühren- und Zuschusskommission aus.

Stellungnahme der FWG-Fraktion

Herr Knop berichtet, dass sich auch die FWG-Fraktion intensiv mit dem Haushaltsplan-Entwurf auseinandergesetzt hat. Dieser wird ausdrücklich begrüßt, da vorhandenes Einsparpotential genutzt wurde und die Steuersätze nicht angehoben wurden. Das Defizit im Verwaltungshaushalt in Höhe von 3,5 Mio. EUR wird allerdings mit Sorge betrachtet, ebenso wie die Personalkostenentwicklung. Zwar konnten insgesamt 20 Stellen in den vergangenen Jahren eingespart werden, allerdings sind die Kosten gleich geblieben. Ferner sind die Energiekosten drastisch gestiegen. Zu diesem Punkt wird ein Antrag erfolgen.

Hinsichtlich der Sachversicherungen wird eine Prüfung der Verträge auf Verbesserungsmöglichkeiten angeregt. Da nach Angaben von Herrn Jathe in diesem Bereich Einsparpotential vorhanden ist, wird die Frage in den Raum gestellt, warum dieser Punkt nicht bereits früher überarbeitet wurde. Insgesamt zeigt man sich optimistisch für die Haushaltsberatungen und die freiwillige Haushaltskonsolidierung.

Stellungnahme der FDP-Fraktion

Frau Wieschmann legt dar, dass der ausgeglichene Haushaltsplanentwurf ein strukturelles Defizit ausweist, das nur durch eine Entnahme aus der Rücklage auszugleichen ist. Da dazu ein gewaltiger Kraftakt erforderlich war, wird die freiwillige Haushaltskonsolidierung unterstützt. Ähnlich wie die CDU wird auch von Seiten der FDP-Fraktion die Reduzierung der städtischen Leistungen insbesondere im Bereich Stadtbücherei und Musikschule angeraten. In diesem Zusammenhang sollten alle Aufgaben der Stadt überprüft werden. Dabei dürfe es keine Tabus geben, auch wenn es mittel- oder langfristig zu schmerzhaften Handlungen kommen wird.

So dürften auch die Bäder nicht unberücksichtigt bleiben. Eventuell sollte über die Schließung eines der Bäder nachgedacht werden. Frau Wieschmann ist sich bewusst, dass dies ein nicht einfaches Thema ist, trotzdem solle es angesprochen werden. Gleichzeitig regt sie an, die Beiträge zu erhöhen.

Ebenso befürwortet sie eine Überprüfung der Trennung von Park und Freibadeintritt sowie der Nutzung der städtischen Immobilien. Möglicherweise können auch Anmietungen aufgelöst und die dort angesiedelten Bereiche in städtische Gebäude verlagert werden.

Abschließend betont Frau Wieschmann, dass mit dem zu verabschiedenden Haushalt eine große Herausforderung vor ihnen liegt und der Haushaltsplan-Entwurf keine großen Spielräume bietet.

Stellungnahme der Fraktion der Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Köß erläutert, dass dieser der erste Haushalt ist, mit dem sie sich befasst hat. Die Fraktion der Bündnis 90 / Die Grünen begrüßt die freiwillige Haushaltskonsolidierung und die Absicht, den vorliegenden Haushaltsplanentwurf zügig zu beraten und zu verabschieden, um dann die langfristigen Aufgaben für Oelde anzugehen. Derzeit werden keine großen strukturellen Veränderungen gewünscht, allerdings sind solche für später vorgesehen.

Besonders wichtig ist allerdings der Bereich Umwelt und Energie. Bereits die FWG hat betont, dass ein Energiesparkonzept erforderlich ist. Daher sollten für diesen Bereich mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Zum Schutze des Klimas ist kein großer Aufschub möglich. Es gilt, Energiekosten zu sparen.

Ferner sollte eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Umwelt und Energie erfolgen.

Da die Bürger der Stadt auch die Zukunft der Stadt sind, sollten die Familien stärker gefördert und beteiligt werden, d.h. man sollte mehr auf die Bedürfnisse der Familien, Senioren und Jugendlichen eingehen.

Eine Erhöhung des Zuschusses zur Lokalen Agenda wird für erforderlich gehalten.

Generell soll der Haushalt diszipliniert beraten werden. Möglichst spitz sollte geplant werden, was möglich und was politisch gewollt ist. Der Ansatz der Deckungsreserve von 75.000,- EUR sollte daher auf 25.000,- EUR enorm reduziert werden. Ebenso spricht sich Frau Köß aufgrund der nicht ersichtlichen Wirtschaftlichkeit des Projektes Marburg für eine Streichung des Ansatzes für das Gesellschafterdarlehen in Höhe von 20.000,- EUR im Vermögenshaushalt aus. Die Beteiligung an der Marburg GmbH bedeute ein großes Risiko für Oelde. Die Verwaltung sollte daher beauftragt werden, eine Kosten-Risiko-Berechnung vorzunehmen, in dem der ungünstigste Fall (worst case) zugrunde gelegt wird, um eine zu optimistische Beurteilung zu vermeiden.

Hinsichtlich der künftigen Vorgehensweise bei der Erschließung neuer Baugebiete wird kritisiert, dass diese vorab nicht besprochen wurde. Die Fraktionen wären damit letztlich vor vollendete Tatsachen gestellt worden.

Es wird angeregt, Forum weitere Aufgaben zu übertragen. Die mit den großen strukturellen Veränderungen verbundenen Auswirkungen auf die ganze Stadt sind entsprechend zu prüfen.

Die Einführung des NKF wird begrüßt.

Bürgermeister Predeick bedankt sich für die Stellungnahmen der Fraktionen und fasst zusammen, dass man sich lediglich beschränkt mit dem vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf beschäftigen wird, um anschließend ausgiebig die freiwillige Haushaltskonsolidierung zu beraten.

Herr Junkerkalefeld kritisiert die Wortmeldung von Frau Köß zur künftigen Vorgehensweise bei der Erschließung von neuen Baugebieten und betont, dass es Aufgabe des Bürgermeisters sei, den Haushaltsplan zunächst einzubringen. Bürgermeister Predeick ergänzt, dass es sich um ein ganz normales Verfahren nach den Bestimmungen der GO handelt in dem zunächst ein ausgeglichener Haushalt vorzulegen ist, zu dem im Nachgang Vorschläge unterbreitet werden können.

Im Einvernehmen der Fraktionen erfolgt die Etatberatung nach Fraktionen getrennt.

Herr Jathe erläutert zunächst die seit Etateinbringung entstandenen Veränderungen und verweist auf die zu Beginn der Sitzung von Herrn Höpker verteilten Unterlagen.

Herr Knop fragt an, ob sich eine Arbeitszeiterhöhung bei den Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst abzeichnet. Herr Jathe erläutert, dass bis Oktober 2005 eine Erhöhung der Arbeitszeit auf keinen Fall erfolgen wird. Ab Inkraft-Treten des neuen Tarifvertrages im Oktober 2005 verbleibt es ebenfalls zunächst bei 38,5 Wochenstunden. Falls die kommunalen Arbeitgeber den Tarifvertrag hinsichtlich der Arbeitszeit kündigen sollten, besteht theoretisch die Möglichkeit, dass maximal eine Einigung bis zur Obergrenze von 40 Wochenstunden erfolgen kann. Derzeit liegen allerdings diesbezüglich keine Anhaltspunkte vor, mithin wird auch kein Einsparpotential durch Verlängerung der Arbeitszeit gesehen.

Anträge der CDU-Fraktion

Verwaltungshaushalt

5800 510040	Unterhaltung städtischer Grünanlagen	Seite 158
--------------------	---	------------------

Herr Gresshoff erklärt, dass die CDU-Fraktion den von Herrn Hochstetter geprägten Begriff „Rasen statt Rosen“ unterstützt und beantragt, den Ansatz um 40.000,- EUR zu senken.

Ansatz 2005	280.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	240.000,- EUR
-------------	---------------	--------------------------	---------------

Vermögenshaushalt

2152 940190	Erneuerung der Fenster – Th-Heuss-Schule	Seite 232
--------------------	---	------------------

Es wird beantragt, die Maßnahme erst im Jahre 2006 zu realisieren.

Ansatz 2005	100.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	0,- EUR
Ansatz 2006	100.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2006	200.000,- EUR
2105 960860	Erneuerung der Heizung – Norbert Schule Lette		Seite 228

Es wird beantragt, die Durchführung der Maßnahme nicht wie geplant erst in 2006 zu realisieren, sondern bereits im Jahre 2005 zu veranschlagen.

Ansatz 2005	0,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	105.000,- EUR
Ansatz 2008	105.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2008	0,- EUR

6300 952838	Kreisverkehr Konrad-Adenauer Allee / Zur Dicken Linde	Seite 253
6300 952839	Kreisverkehr Konrad-Adenauer Allee / Linden- / Ruggestraße	Seite 253

Es wird beantragt, die beiden Haushaltsstellen als gegenseitig deckungsfähig zu erklären, da nicht klar sei, wann mit welcher Maßnahme begonnen werde. So erhalte man Flexibilität.

7800 950160	Verstärkte Unterhaltung von Wirtschaftswegen	Seite 270
--------------------	---	------------------

Es wird beantragt, den Ansatz um 20.000,- EUR zu reduzieren.

Ansatz 2005	80.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	60.000,- EUR
-------------	--------------	--------------------------	--------------

Anträge der SPD-Fraktion

Verwaltungshaushalt

4601 717...	Zuschuss an Alte Post für Jahrespraktikanten	145
--------------------	---	------------

Herr Rodriguez beantragt für die SPD-Fraktion eine neue Haushaltsstelle mit einem Ansatz über 5.000,- EUR einzurichten. Diese soll mit folgendem Sperrvermerk versehen werden:
Zuschuss zweckgebunden für die Einstellung von Jahrespraktikanten beim Jugendwerk.

Ansatz 2005	0,- EUR	Antrag neuer Ansatz	5.000,- EUR
-------------	---------	---------------------	-------------

4820 163000	Erstattung Personalkosten (SGB II) durch ARGE	Seite 153
--------------------	--	------------------

Es wird beantragt, dass Mehreinnahmen bei dieser Haushaltsstelle zu Mehrausgaben bei der Haushaltsstelle 4000.400000 (Personalausgaben SN 01) berechtigen.

5900 715200	Zuschuss Eigenbetrieb Forum	Seite 159
--------------------	------------------------------------	------------------

Es wird beantragt, den Ansatz um 30.000,- EUR zu reduzieren, da von einem entsprechenden Einsparpotential ausgegangen wird.

Ansatz 2005	1.130.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	1.100.000,- EUR
-------------	-----------------	--------------------------	-----------------

Vermögenshaushalt

Es werden keine Anträge gestellt.

Investitionsplan

6300 952084	Ausbau Gehweg Am Ruthenfeld von Axthausener Weg bis Raiffeisenring	Seite 290
--------------------	---	------------------

Es wird beantragt, die Maßnahme vom Jahre 2007 auf das Jahr 2006 vorzuziehen.

Ansatz 2006	0,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2006	75.000,- EUR
Ansatz 2007	75.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2007	0,- EUR

7000 956843	Kanalerneuerung Fürstenbergstraße / Grüner Weg	Seite 262
--------------------	---	------------------

Hinsichtlich der für 2007 veranschlagten Kosten für die Kanalbaumaßnahme „Grüner Weg“ wird angefragt, ob diese nicht auch eine zu veranschlagende Straßenbaumaßnahme erfordert. Herr Hochstetter erläutert, dass die Kosten für die Wiederherstellung der Straße in ihren vorherigen Zustand in der Haushaltsstelle enthalten seien.

Anträge der FWG-Fraktion

Verwaltungshaushalt

2000 570103	Kosten Sprachkurs Migrantenkinder	Seite 101
--------------------	--	------------------

Herr Knop beantragt für die FWG-Fraktion zur Ausweitung der Angeboten an den Schulen den Ansatz auf 9.000,- EUR zu erhöhen.

Ansatz 2005	4.500,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	9.000,- EUR
-------------	-------------	--------------------------	-------------

4601 717130	Zuschuss an das Jugendwerk (HOT)	Seite 145
--------------------	---	------------------

Ähnlich wie von der SPD-Fraktion wird beantragt, einen Betrag von 4.500,- EUR für die Finanzierung von Jugendpraktikanten in der Alten Post bereitzustellen. Auf einen Sperrvermerk kann jedoch verzichtet werden, so dass ggf. der Ansatz auch anderweitig verwandt werden kann.

Ansatz 2005	200.450,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	205.000,- EUR
-------------	---------------	--------------------------	---------------

Hinsichtlich des Einzelplans 5 (Pflege städtischer Grünanlagen) wird auf den bereits gestellten Antrag der CDU-Fraktion verwiesen.

6010 620500	Erstellung eines Energiekonzept	Seite 161
--------------------	--	------------------

Für die Erstellung eines Energiesparkonzeptes wird beantragt, einen Ansatz in Höhe von 10.000,- EUR bereitzustellen. Durch diese Maßnahme erhofft sich die FWG-Fraktion erhebliche Einsparungen.

Ansatz 2005	0,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	10.000,- EUR
-------------	---------	--------------------------	--------------

Nachrichtlich:

Im Nachgang zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21.02.2005 wurde folgender Antrag schriftlich nachgereicht:

5800 510040	Unterhaltung städtischer Grünanlagen	Seite 158
--------------------	---	------------------

Es wird beantragt, den Ansatz um 20.000,- EUR zu senken.

Ansatz 2005	280.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	260.000,- EUR
-------------	---------------	--------------------------	---------------

Vermögenshaushalt

Es werden keine Anträge gestellt.

Anträge der FDP-Fraktion

Es werden keine Anträge gestellt.

Anfragen und Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Verwaltungshaushalt

0250 580150	Öffentlichkeitsarbeit für die Gleichstellungsbeauftragte	Seite 83
--------------------	---	-----------------

Frau Köß beantragt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, den Ansatz auf 2.500,- EUR zu erhöhen.

Ansatz 2005	1.500,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	2.500,- EUR
-------------	-------------	--------------------------	-------------

0240 580...	Öffentlichkeitsarbeit für den Umweltbereich	neu
--------------------	--	------------

Es wird beantragt für die Öffentlichkeitsarbeit im Umweltbereich 2.500,- EUR zur Verfügung zu stellen. Der Ansatz soll streng zweckgebunden sein.

Ansatz 2005	0,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	2.500,- EUR
-------------	---------	--------------------------	-------------

3410 718032	Zuschuss zum Stadtschützenfest	Seite 123
--------------------	---------------------------------------	------------------

Frau Köß fragt an, warum ein Zuschuss in Höhe von 3.000,- EUR gewährt würde. Bürgermeister Predeick erläutert, dass das Stadtschützenfest lediglich alle 5 Jahre stattfindet, und ein kleiner Zuschuss in der auch jetzt veranschlagten Höhe üblich sei. Der überwiegende Teil der Kosten werde von den Vereinen getragen.

4200 570231	Provisionszahlungen für die Nutzer der INFRA CARD	Seite 134
--------------------	--	------------------

Es wird beantragt, den Ansatz zu streichen, da das gesamte Sachleistungsprinzip abgelehnt wird.

Ansatz 2005	3.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	0,- EUR
-------------	-------------	--------------------------	---------

Aus der Ablehnung des Sachleistungs- und Befürwortung des Geldleistungsprinzips ergeben sich folgende weitere Änderungsanträge:

4200 792000	Grundleistungen – Sachleistungen § 2 AsylbLG	Seite 134
--------------------	---	------------------

Ansatz 2005	100.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	0,- EUR
-------------	---------------	--------------------------	---------

4200 792002	Grundleistungen – Geldleistungen § 2 AsylbLG	Seite 134
--------------------	---	------------------

Ansatz 2005	5.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	411.000,- EUR
-------------	-------------	--------------------------	---------------

4200 793000	Grundleistungen – Sachleistungen	Seite 134
--------------------	---	------------------

Ansatz 2005	305.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	0,- EUR
-------------	---------------	--------------------------	---------

4200 793001	Grundleistungen – Wertgutscheine	Seite 134
--------------------	---	------------------

Ansatz 2005	1.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	0,- EUR
-------------	-------------	--------------------------	---------

4600 717080	Zuschüsse zur Förderung der Jugendorganisation	Seite 144
--------------------	---	------------------

Es wird beantragt, den Ansatz um 400,- EUR zu erhöhen.

Ansatz 2005	3.600,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	4.000,- EUR
-------------	-------------	--------------------------	-------------

4980 718...	Zuschuss Förderung Familienbündnis	neu
--------------------	---	------------

Es wird beantragt, für die neu einzurichtende Haushaltsstelle einen Ansatz von 2.500,- EUR bereitzustellen.

Ansatz 2005	0,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	2.500,- EUR
-------------	---------	--------------------------	-------------

4980 788150	Kosten des Familienpasses	Seite 154
--------------------	----------------------------------	------------------

Da ein erhöhter Bedarf erwartet wird, wird beantragt, den Ansatz um 2.500,- EUR zu erhöhen.

Ansatz 2005	17.500,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	20.000,- EUR
-------------	--------------	--------------------------	--------------

5900 715202	Zuschuss für Projekte „Lokale Agenda“ des Eigenbetriebes Forum	Seite 159
--------------------	---	------------------

Frau Köß weist darauf hin, dass bereits im letzten Jahr ein Bedarf in Höhe von 13.000,- EUR gegeben war. Dieser wird in diesem Jahr sicherlich nicht geringer. Es wird daher beantragt, den Ansatz auf 15.000,- EUR zu erhöhen.

Ansatz 2005	10.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	15.000,- EUR
-------------	--------------	--------------------------	--------------

6010 620500	Erstellung eines Energiesparkkonzeptes	Seite 161
--------------------	---	------------------

Von Seiten der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird ebenso wie von der FWG beantragt, einen Ansatz von 10.000,- EUR bereitzustellen.

Ansatz 2005	0,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	10.000,- EUR
-------------	---------	--------------------------	--------------

9100 850000	Deckungsreserve	Seite 198
--------------------	------------------------	------------------

Es wird beantragt, den Ansatz für die Deckungsreserve auf 25.000,- EUR zu reduzieren.

Herr Jathe erläutert zu dieser Haushaltsstelle, dass diese um so wichtiger ist, je knapper die übrigen Ansätze kalkuliert werden. Wenn die Deckungsreserve aufgezehrt ist, und weitere finanzielle Mittel benötigt werden, muss an anderen Stellen gekürzt werden, was mit Sicherheit zu Problemen führen wird. Die Reduzierung der Deckungsreserve bedeutet somit eine Einschränkung der Spielräume.

Ansatz 2005	75.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	25.000,- EUR
-------------	--------------	--------------------------	--------------

Vermögenshaushalt

2101 960502	Erneuerung der heizungstechnischen Anlage – von Kettler-Schule	Seite 224
--------------------	---	------------------

Es wird beantragt, die für 2006 geplante Maßnahme bereits in 2005 zu veranschlagen.

Ansatz 2005	0,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	70.000,- EUR
Ansatz 2006	70.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2006	0,- EUR

8701 925001	Gesellschafterdarlehen für die Marburg GmbH	Seite 275
--------------------	--	------------------

Es wird beantragt, den Ansatz in voller Höhe zu streichen.

Ansatz 2005	20.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	0,- EUR
-------------	--------------	--------------------------	---------

6010 935140	EDV-Ausstattung für die Umsetzung einer Energieberatersoftware	neu
--------------------	---	------------

Es wird beantragt, für die Anschaffung einer Energieberater-Software einen Betrag von 7.000,- EUR zur Verfügung zu stellen.

Ansatz 2005	0,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2005	7.000,- EUR
-------------	---------	--------------------------	-------------

Abschließend spricht Frau Köß nochmals die Abwicklung der Erschließung neuer Baugebiete an. Bürgermeister Predeick erläutert, dass eine im Haushalt 2005 eingeplante Eigenschließung unweigerlich zu einem Haushaltssicherungskonzept führen würde. Da die Erschließung jedoch nicht verschoben werden kann, ist es erforderlich, diese an Private abzugeben. Weitergehend erläutert er das zugrunde liegende Konzept anhand dem Projekt „Moorwiese“. Da eine solche Aufgabe auf Dauer aus dem öffentlichen Haushalt nicht finanziert werden kann, ist eine Privatisierung in einigen Bereichen notwendig.

Frau Köß fragt an, ob diesbezüglich bereits ein Konzept vorgelegt werden könne, so dass man anhand von bestimmten Maßnahmen ersehen könnte, welche Aufgaben an wen vergeben würden. Bürgermeister Predeick stellt die Konzeption grob vor und kündigt an, dass sich der Ausschuss für Planung und Verkehr mit der Thematik beschäftigen werde. Frau Köß begrüßt dieses Vorgehen. Herr Voelker ergänzt, dass sich die FDP-Fraktion diesbezüglich alternative Gedanken gemacht hat. Ein Rückgang der kommunalen Leistungen bedeute auch einen Rückgang sozialer Leistungen.

Die FDP-Fraktion stellt daher folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Oelde beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeit einer Bürgerstiftung in Oelde in kommunaler Verwaltung zu überprüfen.

Bürgermeister Predeick erklärt, dass die Bürgerstiftung eine gemeinsame Aufgabe für Stadt und Politik ist. Von Seiten der Stadt kann aber lediglich das grundsätzliche Angebot erfolgen, d.h. die Voraussetzungen in Form von Satzung und Vorgabe des Inhalts geschaffen werden. Die Verwaltung und die Politik können ein solches Vorhaben lediglich unterstützen. Maßgeblich ist aber, dass auch finanzielle Beiträge geleistet werden. Herr Voelker ergänzt diesbezüglich, dass die Bürgerstiftung lediglich eine tragende Idee der Gemeinde ist und prognostiziert entsprechende Spenden von Privaten.

Herr Bäumker fragt hinsichtlich der sich durch die von den verschiedenen Fraktionen gestellten Anträge ergebenden Mehrausgaben an, welche Deckungsvorschläge unterbreitet werden. Herr Rodriguez erläutert diesbezüglich, dass die im Investitionsplan veranschlagte Finanzierung des Gehweges Am Ruthenfeld lediglich vom Jahre 2007 auf 2006 vorgezogen werde und daher keine Auswirkungen auf den Haushaltsplan-Entwurf hätte.

Bezüglich des Stellenplans sowie der Anlagen zum Haushaltsplan-Entwurfes erfolgen keine Anfragen.

5. Widmung und Feststellung der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlagen **Vorlage: B 2005/600/0452**

Die Straßen „Carl-von-Ossietzky-Straße“, „Ludwig-Quidde-Straße“, „Gustav-Stresemann-Straße“ und „Willy-Brandt-Straße“ im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 58 „Zum Benningloh“ sind inzwischen endgültig hergestellt worden. Sie sind nunmehr gemäß § 6 Abs. 2 in Verbindung mit § 47 Absatz 1 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen dem öffentlichen Verkehr zu widmen. Voraussetzung hierfür ist, dass der Rat der Stadt Oelde einen entsprechenden Widmungsbeschluss fasst.

Gleichzeitig ist die endgültige Herstellung der Straßenfläche als Voraussetzung für eine Abrechnung von Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch festzustellen.

Beschluss:

a) Widmung von Straßen

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat der Stadt Oelde zu empfehlen, gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV.NRW.S. 1028, 1996 S. 81, 141, 216, 355), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.05.2004 (GV.NRW. S. 259) die Straßen

- Carl-von-Ossietzky-Straße

bestehend aus den Flurstücken 408 und 409 der Flur 21 in der Gemarkung Oelde;

- Willy-Brandt-Straße

bestehend aus dem Flurstück 422 der Flur 21 in der Gemarkung Oelde;

- Ludwig-Quidde-Straße

bestehend aus den Flurstücken 200, 431, 432 und 433 der Flur 21 in der Gemarkung Oelde;

- Gustav-Stresemann-Straße

bestehend aus den Flurstücken 426, 584, 588, 589, 590 und 594 der Flur 21 in der Gemarkung Oelde;

dem öffentlichen Verkehr als Anliegerstraßen zu widmen. Die Widmung dieser Straßen erfolgt ohne Beschränkung auf bestimmte Nutzungsarten.

b) Feststellung der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlagen

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat der Stadt Oelde zu empfehlen, gemäß §§ 132 und 133 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl I S. 2414), in Verbindung mit den §§ 9, 10 und 12 der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch in der Stadt Oelde vom 06.10.1981, zuletzt geändert durch die 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch in der Stadt Oelde vom 20.02.2003, zu beschließen, dass die nachfolgenden Straßen

- Carl-von-Ossietzky-Straße

bestehend aus den Flurstücken 408 und 409 der Flur 21 in der Gemarkung Oelde;

- Willy-Brandt-Straße

bestehend aus dem Flurstück 422 der Flur 21 in der Gemarkung Oelde;

- Ludwig-Quidde-Straße

bestehend aus den Flurstücken 200, 431, 432 und 433 der Flur 21 in der Gemarkung Oelde;

- Gustav-Stresemann-Straße

bestehend aus den Flurstücken 426, 584, 588, 589, 590 und 594 der Flur 21 in der Gemarkung Oelde;

endgültig hergestellt sind.

6. Verschiedenes

6.1. Mitteilungen der Verwaltung

Es erfolgen keine Mitteilungen der Verwaltung.

6.2. Anfragen an die Verwaltung

Es erfolgen keine Anfragen an die Verwaltung.

Helmut Predeick
Vorsitzender

Claudia Kox
Schriftführerin